



Flüchtlingsrat Brandenburg
ACHTUNG!!!! Neue Adresse ab 21.12.2006!!!!
R.-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam
Eisenhartstr.13
14469 Potsdam
Tel./Fax: 0331-716499
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de
Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10000, BLZ: 16050000

Informationsrundbrief des Flüchtlingsrats Brandenburg

Protokoll der Sitzung des FR vom 29.11.2006 Infodienst von Oktober bis November 2006

TOPs:

1. **Blitzlicht**
2. **Bleiberecht nach IMK**
3. **Tag der Menschenrechte**

1. Blitzlicht

- Oberhavel: Ein Flüchtling, 2000 aus Afghanistan nach Dt. geflohen, sollte abgeschoben werden. Er hat aber eine Frau lieben gelernt und wollte heiraten. Nachdem er dafür seinen Pass vorlegte wurde seine Abschiebung organisiert. Das Gesundheitsamt konnte die Abschiebung schließlich wegen Selbstmordgefahr stoppen. Hat jemand Infos oder Hinweise, dass Afghanen trotz der katastrophalen Lage in Afghanistan abgeschoben werden sollen oder abgeschoben wurden, diese bitte an das Büro des Flüchtlingsrates schicken.
- Aus den Medien erfuhren wir: In Frankfurt/Oder wurde die Ausländerbehörde eingemauert. Auf der Mauer stand geschrieben: „Kein Mensch ist illegal!“
- Potsdam: hier sollte ein Palästinenser in den Südlibanon abgeschoben werden. Wurde im letzten Moment verhindert, weiterhin Duldung bis 03/07.
- Neuer Antrag Dokumentationsstelle „DUBLIN II“: der Projektentwurf des AK Tschetschenien mit XENION als Träger wird derzeit überarbeitet und soll baldmöglichst gestellt werden. Hier geht es um die Dokumentation von DUBLIN II-Fällen und die mögliche Rückverfolgung und Dokumentierung der Abgeschobenen. Es soll auch eine Anwältin, die sich speziell Thematik eingearbeitet hat, beteiligt werden.
- Neuer Verein zur Europa-Abschottung: einige Mitglieder des Flüchtlingsrat sowie weitere „AktivistInnen“ haben die Idee, einen Verein speziell zu der Thematik zu gründen. Hintergrund ist vor allem die Mittelvergabe-Praxis: stellt man Anträge über den Flüchtlingsrat, so kann dieser zu anderen wichtigen Dingen keine Anträge mehr beim gleichen Geldgeber stellen. Eine enge Zusammenarbeit ist angedacht, Aufhänger soll der derzeit laufende Prozess gegen den ehemaligen Leiter, den Kapitän und den ersten Offizier der CAP ANAMUR sein. Sie sind angeklagt wegen „bandenmäßig betriebener Beihilfe zur illegalen Einreise“, woraus bis zu 12 Jahren Haft stehen – eines u.E. bestens geeigneten Paradebeispiels der Abschottungspolitik in Europa. Über den

Gründungsverlauf wird weiter berichtet. Infos zum Prozess Cap Anamur unter : www-elias-bierdel.de, dort gibt es ein Prozesstagebuch. Eine Presseerklärung zum Auftakt ist unten beigefügt.

- Menschen, die in Armut leben – weit mehr als 7 Mio. Menschen in Deutschland – sollen in Zukunft besondere Gebühren zahlen, wenn sie gegen fehlerhafte Bescheide der Arbeits- und Sozialverwaltung beim Sozialgericht klagen wollen. Das sieht eine Gesetzesinitiative von CDU/FDP-regierten Bundesländern vor. Dies wird dann auch für Flüchtlinge im Verfahren gelten. Verdi hat hier gegen eine Unterschriftenkampagne gestartet. Die Unterschriftenliste kann unter: http://www.verdi.de/erwerbslose/sgg/data/1.1UnterschrListe_ver.di-Elo.doc-1.pdf heruntergeladen werden.

2. Bleiberecht nach IMK

Der Beschluss wurde nicht weiter ausgeführt, es gibt inzwischen sehr viele Auslegungen und Erklärungen, die abgefordert werden können.

Sowohl das Diakonische Werk als auch der Flüchtlingsrat haben versucht über eine Brief an das Innenministerium Einfluss auf die Umsetzung für Brandenburg zu nehmen. Sobald es hier mehr Klarheit gibt plant der Flüchtlingsrat eine Infoveranstaltung (im Januar sehr wahrscheinlich) und ein Informationsblatt für Flüchtlinge in Brandenburg zu erstellen.

3. Tag der Menschenrechte

Es wird beschlossen, eine Presseerklärung zu den Themen Bleiberecht und Europäische Abschottungspolitik herauszugeben. Diese wird in den nächsten Tagen über den Verteiler vermailt.

Der Anhang:

- Infodienst
- Termine
- Bücher und Broschüren
- Rundbriefe anderer FRs und Gruppen
- Urteile
- Tipps und Sonstiges
- Brandenburg Live
- Pro Asyl Infomappe
- Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin, 22.11.2006: Infos zur IMK 11/2006
- Pro Asyl PE 24.11.2006: Abschiebungen von Familien nach Afghanistan
PRO ASYL: Unverantwortlich angesichts der Sicherheitslage
Sofortiger Abschiebungsstopp erforderlich
- PE Pro Asyl 24.11.2006, 2. Meldung: Die Lage im Irak verschärft sich täglich. Irakischen Flüchtlingen in Deutschland wird weiterhin massenhaft ihr Status entzogen. PRO ASYL: Systematische Verletzung von EU-Recht
- PE Pro Asyl, 30.11.2006: Demnächst wird in den Irak abgeschoben: Einstieg mit Straftätern, aber die Innenminister wollen eine schnelle Ausweitung. PRO ASYL: Ergebnis einer von langer Hand geplanten Entrechtungsstrategie
- PR Pro Asyl und Italienischer Flüchtlingsrat 24.11.2006: Cap Anamur-Prozess in Agrigento: Humanitäre Hilfe auf der Anklagebank. Italienischer Flüchtlingsrat und PRO ASYL: Diese Anklage hätte nie erhoben werden dürfen
- 27.11.2007 Erklärung Pro Asyl und andere: Cap-Anamur-Prozess beginnt in Agrigento. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und PRO ASYL starten Aufruf Humanitäre Hilfe ist keine Straftat“
- ARI: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

Infodienst: Neues von Oktober bis November

LÄNDERINFOS:

PE 13.11.2006 Flüchtlingsrat Brandenburg/ARI: **Polens Regierung setzt Flüchtlinge auf die Strasse!** 1500 Flüchtlinge müssen die Flüchtlingsheime aufgrund neuer Gesetzeslage verlassen und haben nun keine Dach mehr über dem Kopf! (Länderinfos Polen: 2006_11_13_PE_ARI_FR, 22aPolen)

DUBLIN und EUROPA

Human Rights Watch 17. Oktober 2006: **EU -Flüchtlingskontrolle vor den Toren Europas gefährdet Menschenrechte.** Richtlinien sollen die Rechte von MigrantInnen und AsylbewerberInnen schützen.

ZUWANDERUNGSGESETZ-SOZIALES/ARBEIT/AUFENTHALTSGESETZ...

- Die Beschlüsse der IMK 16.-17-11-2006 in Nürnberg: TOP 2: EU Angelegenheiten TOP 5: Einbürgerungen, TOP 6: Bleiberecht , TOP 8: Rückführungen in den Irak (Straftäter) (Innenministerkonferenz 2006_11_IMK_Nürnberg_Beschlüsse)

Frankfurter Rundschau 7.11.2006: Ausländerrecht wird wohl verschärft. Mindestnachsugalter ausländischer Ehegatten laut Schäuble auf 18 Jahre, Deutschkenntnisse. SPD fordert Anhebung auf 21 Jahre, nimmt aber die Sprachanforderung hin. (36 Zuwanderungsgesetz allgemein – 7.11.2006)

STATISTIK

Deutschland: **Anzahl der anerkannten Asylbewerber auf Tiefstpunkt:** (BIM) Während die Anzahl der Asylanträge in den letzten Jahren stetig abnimmt, sind auch die tatsächlichen Fälle von Asylgewährung rückläufig. Auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin informierte in der vergangenen Woche Pitt von Bebenburg, Redakteur bei der Frankfurter Rundschau, darüber, dass im Jahr 2005 insgesamt nur 411 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Asyl erhalten haben. Ähnlich wird es wohl auch in diesem Jahr aussehen. Hier liegt die Anzahl an positiven Entscheidungen noch unter 300.

BLEIBERECHT

- **große Sammlung an diversen Bleiberechtsmaterialien nach der IMK**, u.a. Ländererlasse, Flyer für Geduldete, Zusammenfassung von Knackpunkten etc. Bei Bedarf bitte nachfragen, es wird auch eine Liste mit den Materialien erstellt werden.
- MOZ Anfang November 2006: „**Leben mit einer Duldung**“ – Integrationsbeirat Fürstenwalde und Evangel. Kirchenkreis FW forderten auf Veranstaltung am 2.11.2006 großzügige Bleiberechtsregelung. Artikel mit Beispielen Geduldeter.

ABSCHIEBUNG/ABSCHIEBUNGSHAFT

FR Hamburg, 20.11.2006: Familienziel Bürgerkrieg. Als erstes Bundesland will Hamburg in der kommenden Woche Familien nach **Afghanistan abschieben**. Auch schulpflichtige Kinder sollen kurz vor Weihnachten vor ihrem Abschluss ausgewiesen werden. Artikel Taz Nord von Marco Carini. (20.11.2006-11(Afghanistan))

PE 9.11.2006 Hilfe für Menschen in Abschiebehafte Büren e.V.: **Abgeschobene Familie** lebt in **SRI LANKA unter menschenwürdigen Bedingungen**. Familie ohne die Mitgabe von lebensnotwendigen Papieren und Medikamenten abgeschoben. (2006_11_SRI Lanka (11))

BRANDENBURG

Information zum europäischen **Jahr der Chancengleichheit für alle - 2007**. Auftaktveranstaltung am 10.2.2006. Hauptthemen sind Rechte – gesellschaftliche Präsenz – Anerkennung – Respekt und Toleranz. Aktivitäten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Was das MASGF machen will wird es am 10.2.2006

in Potsdam vorstellen. Ansprechpartnerin bei der Integrationsbeauftragten des Landes: Anke Zwink. Es gibt schon einen mehrsprachigen Flyer zum Thema: Ungleichbehandlung als KundIn erkennen und dagegen vorgehen (Sachleistungen sind leider nicht erwähnt..Anm.der Schreiberin)

MOL 8.11.2006: Illegale eingereiste aufgegriffen – unter ihnen drei Erwachsene und zwei Kinder aus Tschetschenien, acht Männer aus Bangladesch. Alle stellten Asylanträge und wurden nach Eisenhüttenstadt gebracht. Der lettische Fahrer wurde als Schleuser angeklagt. (

DIVERSES

- PE Ulla Jelpke 16.11.2006: „Illegale Migration“: Feindbild der Sicherheitsbehörden. Zum Abschluss der BKA-Herbsttagung schwören sich die Sicherheitsbehörden auf Kampf gegen illegale Migration ein. EU – Kommissar Frattini verlangt, den Kampf zu intensivieren. (16.11.2006– 10 (Polizei)
- Sachstand Bundesförderung **Migrationserstberatung und Integrationsprojekte** (aus dem Protokoll des AK Migration, Integration und Flüchtlinge – Migrationsdienste im DWBO,11.10.2006): BAMF will für MEB 120.000e mehr ausgeben, Konzept soll noch mal verändert werden, soll auch für länger als drei Jahre hier Lebende und für EU-Bürger erweitert werden. Asylbewerber gehören nicht in die Zielgruppe. – Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur für MigrantInnen, Stichwort „Bildungsgutscheine“ in Berlin (woanders auch?): Es soll dort in der Arbeitsagentur einen Posten für integrative Leistungen geben, z.B. für Praktikumsplätze zur Verfestigung der Sprache und zum Einstieg in den Beruf. Scheint ein Verbundprojekt BAMF-Bundesagentur für Arbeit zu sein. (13.11.2006_19DW)

Termine	
13.12.2006, 20:00	"THREE DAYS IN SEPTEMBER" USA 2006/Joe Halderman, 79 min, OF; Sprecherin: Julia Roberts, vorstellen. In Interviews mit Überlebenden, Angehörigen, russischen Soldaten und dem Unterhändler der russischen Regierung rekonstruiert der Film die Geiselnahme durch tschetschenische/inguschetische und andere Extremisten von Schülern und Eltern in einer Schule in Beslan (autonome Republik Nordossetien) im September 2004. Anschließend Gespräch Wo: Zensurking@NY59-Bethanien Bethanien-Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997Berlin
15.12.2006, 09.00 - 15.00 Uhr	Das Widerrufsverfahren im Asylrecht, Fragen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit Nähere Infos siehe unten
16.12.2006	Dem Rassismus an die Wurzel gehen Workshop für eine antirassistische Praxisgemeinschaft - nähere Infos siehe unten
24.-26.1.2007	Sozialarbeit mit ausländischen Flüchtlingen - Veränderte Bedingungen durch die EU und im Alltag. Ev. Akademie Bad Boll, Infos bei Birgit Schatz: birgit-.schatz@ev-akademie-boll.de , 07164-79217.TN Gebühren ohne Unterkunft 60 €.

Initiative für Begegnung, Potsdam: Dem Rassismus an die Wurzel gehen
Workshop für eine antirassistische Praxisgemeinschaft

Für die Wiederbelebung antirassistischer Projekte in Potsdam! Alle Interessierten sind eingeladen **am 16.12. (Samstag), von 10 - ca. 16 Uhr** im KUZE-Seminarraum, Hermann-Elflein-Str. 10, Potsdam an dem Workshop der Initiative für Begegnung (ifbpotsdam@yahoo.com) teilzunehmen.

Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?

Aus den Nachrichten dringen nur punktuell Meldungen über den alltäglichen Tod von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen zu uns. Für die wenigen, die es bis auf europäischen Boden geschafft haben, gibt es aber keine Sicherheit auf ein Bleiberecht. Isolation, Zwangsunterbringung in Sammellagern, gekürzte Sozialhilfe, Arbeitsverbot und unsichere Aufenthaltstitel machen das Leben auch in Brandenburg für Flüchtlinge zu einem perspektivlosen Gefängnis. Das Ziel der Initiative für Begegnung ist es seit Jahren, die soziale Ausgrenzung von Flüchtlingen, und damit institutionellen und Mainstream-Rassismus zu durchbrechen. Dabei ist es wichtig, antirassistische Aktivitäten gemeinsam mit Betroffenen zu entwickeln, um nicht in die Falle ebenfalls rassistischer StellvertreterInnenpolitik zu tappen. Bei unseren Infoveranstaltungen haben sich immer wieder viele Menschen an uns gewandt, weil sie selbst etwas gegen diese Zustände unternehmen wollen, aber oft nicht wissen, wie und wo anfangen. Das Thema ist sehr komplex und die Zeit für unbezahltes Engagement allseits knapp. Wir denken, dass der Aufwand für antirassistische Arbeit überschaubar, effektiv und sinnvoll sein kann, wenn er sich auf viele Schultern verteilt. Deshalb wollen wir alle Interessierten einladen, ein Netzwerk für eine antirassistische Praxisgemeinschaft zu entwickeln. Es gibt schon Projekte, die sich über Unterstützung freuen würden und es gibt noch viel mehr Ideen für weitere Projekte und Aktionen. Es wird niemand geben, die oder der uns einen Plan in die Hand drücken wird. In unserem Workshop für eine antirassistische Praxisgemeinschaft werden wir selbst den Plan entwickeln!

+++++

Das Widerrufsverfahren im Asylrecht, Fragen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit

In der interessierten Öffentlichkeit sind im Zuge der umfassenden Neuregelung der Zuwanderung zwei Fragen leidenschaftlich diskutiert worden: die eine betrifft das Asylrecht und berührt zentral den Schutz der Flüchtlinge, denn nach drei Jahren Aufenthaltserlaubnis wird überprüft, ob die Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung noch gegeben sind. Verlust des Aufenthaltstitels, Abschiebung oder Duldung sind mögliche Folgen. In der ersten Jahreshälfte hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits 18000 Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge eingeleitet. Die andere Frage betrifft den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Auch wenn es sich rechtssystematisch um zwei verschiedene Bereiche handelt, so haben die Gesetzesregelungen entscheidende Bedeutung für die partizipative Gestaltung des Gemeinwesens aller hier Lebenden.

Inhalte:

- Das Asylverfahrensgesetz unter besonderer Berücksichtigung des Erlöschens der Rechtsstellung als anerkannter Flüchtling durch Widerruf
- Das Staatsangehörigkeitsgesetz, insbesondere Regelungen zur Einbürgerung
- Erfahrungen aus der Beratungspraxis

Termin: 15.12.2006, 09.00 - 15.00 Uhr

Anmeldung: bis 28.11.2006

Zielgruppe: Sozialarbeiter/innen, Fachkräfte aus Beratungseinrichtungen

Ort: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Leitung: Renate Neupert, Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration

und Migration Kosten: 15,00 EUR; Anmeldungen bitte an: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin Referat Weiterbildung, Forschung und Entwicklung
Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel. 030- 50 1010-39, Fax: 030- 50 1010-88
E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

Bücher und Broschüren

Equal/XENOS: **Förderung von Toleranz und interkultureller Kompetenz** in arbeitsmarktlichen Programmen. Broschüre des Ministeriums mit Projektbeispielen.

Land in Sicht (Equal Projekt des Flüchtlingsrats in Schleswig-Holstein): Fachtagungsdokumentation **„Traumatisierung und Qualifizierung - ein Widerspruch? Chancen und Herausforderungen bei der Integration von traumatisierten Flüchtlingen. Angebote von Inhouse – Schulungen (maßgeschneiderte Schulungen auf die jeweiligen Strukturen der InteressentInnen zur interkulturellen Öffnung).**

Asylmagazin und Asylinfo 11/2006: u.a. mit den Themen: OVG Sachsen und VG Kassel zur Gefährdung von Rückkehrern nach Afghanistan – UNHCR empfiehlt Abschiebungsaussetzung für Cote d'Ivoire – OVG NRW zur Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen im Kosovo – Gefährdung wegen exilpolitischer Tätigkeiten bei Rückkehr nach Togo – Abschiebungsschutz wegen unfairem Strafverfahren – OVG Berlin-Brandenburg zur Sachaufklärung bei psychischen Erkrankungen uvm.

Stephan Dünwald: **„Der pädagogische Griff nach dem Fremden“** Zur Haltung lokaler Initiativen gegenüber Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland 2006, 384 S., € 24,90 zzgl. Versandkosten, ISBN 3-88939-822-7 (NEU 978-3-88939-822-2) Flüchtlinge haben in der deutschen Gesellschaft – als Folge des Umgangs der Politik mit dem Thema Einwanderung – eine Position, die gekennzeichnet ist durch die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion. Der Autor analysiert den Umgang einer Nachbarschaftsinitiative zur Hilfe für Asylsuchende mit den Bewohnern einer Flüchtlingsunterkunft. Im Rahmen seiner Untersuchung arbeitet er einen spezifisch deutschen Umgang mit Fremdheit heraus, der Integration in einem pädagogischen Sinne vor allem als Einübung eines hierarchischen Verhältnisses begreift. Die Fallstudie bietet einen praktischen Zugriff auf das Thema und veranschaulicht so die im wissenschaftlichen Diskurs beschriebenen Problemkreise.

Rundbriefe anderer Flüchtlingsräte und Gruppen

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Newsletter Nr. 1, November 2006

Urteile

- OLG Oldenburg, 16.10.2006, 13 W 54/06, **Unverzüglichkeit der Richtervorführung** - Vorführung erst am Tag nach der Festnahme ist nicht ausreichend, [Unverzüglichkeit Richtervorführung - OLG Oldenburg.pdf](#)
- OLG Oldenburg, 08.11.2006, 13 W 59/06, Wenn zum Zeitpunkt der Inhaftierung die **Staatsangehörigkeit nur "vermutet"** wird, erscheint ausgeschlossen, dass Abschiebung innerhalb von 6 Monaten Passersatzpapiere ausgestellt werden können - Ermittlungspflicht der Gerichte "auf entsprechende Rüge" [vermutete Staatsangehörigkeit - Passersatzbeschaffung - OLG Oldenburg.pdf](#)
- LG Braunschweig, 31.10.2006, 3 T 625/06 (26), **Später gesetzte Haftgründe (verhinderte Abschiebung)** können nicht dafür herangezogen werden, dass zum Zeitpunkt der Inhaftierung ein Haftgrund vorlag, [rückbezogene Haftgründe - LG Braunschweig.pdf](#)

- LG Hildesheim, 09.10.2006, 5 T 209/06, **Minderjährige dürfen nur in Haft** genommen werden, wenn kein milderes Mittel zur Verfügung steht (durch Ausländerbehörde im Haftantrag darzulegen) [Minderjährige - milderes Mittel - LG Hildesheim.pdf](#)
- LG Hildesheim, 03.07.2006, 5 T 101/06, **Inhaftierung ist rechtswidrig**, wenn nicht (bei mehr als einem Jahr geduldeten Ausländern) die Abschiebung mindestens einen Monat vor dem Abschiebungstermin angekündigt wird, AufenthG § 16 V S.4, [Ankündigung der Abschiebung - LG Hildesheim.pdf](#)
- LG Lüneburg, 18.10.2006, 10 T 15/06, **Bloßer Verdacht, dass ein Ausländer über Identitätsnachweise verfügt, reicht** zur Anordnung einer Durchsuchung nach Polizeirecht **nicht aus** - Durchsuchung zum Zwecke des Auffindens von Papieren kann auch nicht auf StPO gestützt werden, [Durchsuchungsbeschluss zum Auffinden von Papieren rechtswidrig - LG Lüneburg.pdf](#)
- RA Moser, 15.11.2006, Berlin: Änderung Telefonverzeichnis LABO, [Telefonverzeichnis Hr. Zugt.pdf](#)
- BverfG, 07.09.2006, 2 BvR 129/04, Anordnung **einstweiliger Abschiebungshaft** ohne mündliche Anhörung verfassungswidrig, [keine einstweilige Haftanordnung ohne Anhörung - BVerfG.pdf](#)
- RA Moser, 15.11.2006, Berlin, Vermerk von Rechtsanwalt Moser zur Frage der **Festsetzung des Streit-/ Gegenstandswerts** in **Widerrufsverfahren** beim Verwaltungsgericht Berlin, [Streitwert in Widerrufsverf..pdf](#)
- **Innenministerkonferenz**, 17.11.2006, Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 17.11.2006, [IMK Bleiberecht.pdf](#)
- Flüchtlingsrat Berlin, 20.11.2006, AufenthG § 23, **Bleiberechtsregelung** - Informationen aus dem Gespräch des Flüchtlingsrats Berlin mit Berlins Innenstaatssekretär Freise am 20.11.2006, [Bleiberecht Freise 201106\[1\].pdf](#)
- RA Zeran, 29.11.2006, AufenthG § 23, **Bleiberechtsregelung 2006 - Übersetzung in die türkische Sprache**, [RA Zeran Bleiberecht türkisch.pdf](#)
- RA Marx, 29.11.2006, AufenthG § 23, **Bleiberechtsregelung - Erste Kommentierung** durch RA Marx, [Bleiberechtsbeschluss 2006- Kommentierung RA Marx.pdf](#)
- Innenministerium Schleswig-Holstein, 29.11.2006, **Anordnung Schleswig-Holstein zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung 2006**, [Bleiberechtsregelung - Umsetzung Schleswig Holstein.pdf](#)
- Georg Classen, 19.11.2006, **Update zum Elterngeld, Erziehungsgeld und Kindergeld für Ausländer - Änderungsgesetz für das Kinder- und Erziehungsgeld und den Unterhaltsvorschuss für Ausländer verabschiedet**, [Kinder- Erziehungsgeld - Änderungsgesetz verabschiedet.pdf](#)
- VGH Baden-Württemberg, 19.10.2006, 11 S 646.06, **Erstattungspflicht der Abschiebekosten/ Kosten für die Abschiebungshaft auch wenn eine Abschiebung nicht stattgefunden hat - Pauschale Kürzung um 10% des Tagessatzes für alle Häftlinge in Vollzugsanstalten zulässig (entgegen BVerwG)**, [Abschiebungskosten auch ohne Abschiebung - VGHBW.pdf](#)
- OVG Berlin-Brandenburg, 06.10.2006, 8 S 58.06, AufenthG § 60a, AufenthG § 28, **kein Anspruch auf Duldungserteilung trotz deutschem Ehegatten - kein Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis bei Eheschließung mit deutschem Ehegatten bei Besitz einer Duldung und Eheschließung in Schweden**, [keine Duldung - keine AE trotz Deutschheirat in Schweden OVG Berlin-Brandenburg.pdf](#)
- VG Potsdam, 09.11.2006, 5 L 426/06, **kein Anspruch auf Duldungserteilung trotz Eheschließung mit deutschem Ehegatten wegen Verstoß gegen Einreisevorschriften - Kein Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis nach § 28 Abs.1**

AufenthG bei Ablehnung des Asylantrags, [keine Duldung trotz Deutschheirat bei Visumsverstoß- VGPotsdam.pdf](#)

- VGH Bayern, 10.07.2006, 4 C 06.1129, VwGO § 164, **keine Anrechnung der Geschäftsgebühr im gerichtlichen Kostenfestsetzungsverfahren nach § 164 VwGO, [keine Anrechnung der Gesch.geb. im Kostenfest.verf.pdf](#)**
- BVerwG, 21.11.2006, 1 C 5.06, AsyIVfG § 14a, AsyIVfG § 30 III, **Pressemitteilung - BVerwG hält § 14a II AsyIVfG auch rückwirkend für vor dem 01.01.2005 geborene/ eingereiste Kinder für anwendbar - bei fingierter Antragstellung ist § 30 III AsyIVfG aber nicht anwendbar, [BVerwG zu 14a AsyIVfG-AsyIVfG für Kinder bei Altfällen - Pressemitteilung.pdf](#)**
- BVerwG, 19.08.1996, 1 B 152.96, AuslG § 86, **Der einem Einbürgerungsanspruch entgegenstehende Ausweisungsgrund i. S. v. § 46 AuslG erfordert nicht, daß der Einbürgerungsbewerber tatsächlich ausgewiesen wird oder ausgewiesen werden kann. [Einbürgerung und Ausweisungsgründe - BVerwG.pdf](#)**
- OVG Berlin-Brandenburg, 21.11.2006, 12 L 51.06, **Halbierung des Streitwerts trotz Vorwegnahme der Hauptsache im einstweiligen Rechtsschutzverfahren nicht zu beanstanden, da Ermessen besteht + Beschwerdeschriftsatz mit Rechtsprechungshinweisen gegenteiliger Rechtsprechung (Streitwert, "einstweiliger Rechtsschutz", "Vorwegnahme der Hauptsache", Duldung), [Streitwert einstweil. Rechtsschutz - Halbierung trotz Vorwegnahme - OVG Berlin.pdf](#)**
- VG Berlin, 13.10.2006, 36 X 37.06, § 73 AsyIVfG, **Keine Verbesserung Menschenrechtssituation in Türkei für vorverfolgte Kurden; Rechtskraft eines 2 Jahre alten Anerkennungsurteils steht Widerruf entgegen. [Widerruf - Türkei - keine Änderung für Vorverfolgte - VG Berlin.pdf](#)**
- VG Potsdam, 10.11.2006, 5 L 165/06, AufenthG § 60a, GG Art.6, **Duldungsanspruch grundsätzlich bei Eheschließungstermin, aber auch schon dann, wenn Eheschließung durch rechtswidriges Verhalten des Standesamts behindert wird! [Duldung ohne Ehetag - Rechtswidriges Verhalten Standesamt - VGPotsdam.pdf](#)**
- AG Schöneberg, 06.07.2006, 70 III 885/05, BGB § 1313, PStG § 4 ff, PStG § 45, **Standesamt darf nicht die Annahme eines Eheschließungsgesuchs mit Gründen ablehnen, die im Befreiungsverfahren zu prüfen sind; nach Mitteilung Sen Inn soll es sich um einen "Einzelfall" handeln. Wiederholungsfälle bitte an Sen Inn mitteilen. [Eheschließung - Verweigerung Antragsannahme - AG Schöneberg.pdf](#)**
- Abgeordnetenhaus Berlin, 01.12.2006, **Protokoll des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses Berlin - Antworten Sen Inn Körting auf Fragen zur Bleiberechtsregelung 2006, Bleiberechtsregelung, Umsetzung, Körting, Protokoll, [Protokoll Innenausschuss 20.06.06-Körting zu Bleiberechtsregelung.pdf](#)**
- Georg Classen, 01.12.2006, **Infoblatt zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung (Entwurf), AufenthG § 23, [Infoblatt zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung - FR Berlin.pdf](#)**
- Auswärtiges Amt, 07.10.2006, 508-2-516-00, RL 2003/86/EG, **Runderlass des Auswärtigen Amtes an alle Auslandsvertretungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie betreffend das Recht auf Familiennachzug (RL 2003/86/EG, noch nicht umgesetzt), [EU-Richtlinie Familiennachzug - Runderlass AuswAmt.pdf](#)**
- VG Wiesbaden, 18.05.2005, 8 E 886/00.A, AufenthG § 60 VII, **Epileptiker kann aus finanziellen Gründen keine Behandlung in Syrien erhalten, [Syrien - Behandlung Epilepsie - VG Wiesbaden.PDF](#)**
- LG Neuruppin, 01.11.2006, 5 T 391/06, **Die Haft ist auf den Zeitpunkt der beabsichtigten Abschiebung zu beschränken, [Begrenzung von Abschiebungshaft auf Abschiebungstermin.pdf](#)**

- OLG Brandenburg, 16.11.2006, 11 Wx 62/06, AufenthG § 60a, **rechtswidriger Widerruf der Duldung bei Ingewahrsamnahme hindert Abschiebungshaft nicht - Behördenakten im Haftverfahren**, [Duldung und Abschiebungshaft-OLGBbg.pdf](#)
- Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), 19.10.2006, **Erteilung von Aufenthaltstiteln an Sonntagen nur bei mitgeführtem Kugelschreiber möglich**, [Erteilung von Aufenthaltstiteln an Sonntagen nur mit Kugelschreiber.pdf](#)

Tipps und Sonstiges

antifa_luebben@yahoo.de : Wir, die Autonome Antifa Lübben, sind schon seit Jahren in der Antifa-Bewegung aktiv, mussten aber aus Gründen der Sicherheit bisher unsere Identität verbergen, da wir in Lübben leben und nicht von "außerhalb" kommen. Der auf der Webseite angegebene (e-mail) Name "Lubin" bezieht sich auf die sorbische Bezeichnung der Stadt Lübben. Da einige unsere Glaubwürdigkeit anzweifeln, hielten wir es für notwendig eine eigene Internetpräsenz aufzubauen, die euch immer über das aktuelle Geschehen in Lübben auf dem Laufenden hält. Wir bitten euch diese Seite zu verlinken, und/oder weiterzuempfehlen. Webseite: <http://www.antifa-luebben.ch.vu/>
Mit solidarischen-antifaschistischen Grüßen, i.A. der Autonomen Antifa Lübben

+++++

FR Hamburg: Veranstaltungsreise mit mauretanischem Menschenrechtler

Liebe Leute, wir haben es geschafft, mit Amadou M'Bow, einem Menschenrechtler aus Mauretanien, eine Veranstaltungsreise für Januar 2007 zu planen. Ankündigungstext für die Hamburger Veranstaltung siehe unten.

Die Termine sehen bis jetzt so aus:

- 18. Januar: Freiburg (SAGA)
- 19.-21. Januar: Tagung "Festung Europa" in Hofgeismar bei Kassel (Evangel. Akademie)
- 22. oder 23. Januar: Bielefeld (Karawanegruppe)
- 24. Januar: Lübeck (avanti-Gruppe)
- 25. Januar: Hamburg (Flüchtlingsrat)
- 28. Januar: Berlin (ARI)
- 29. Januar: Frankfurt (Hessischer Flüchtlingsrat)

Mehr Veranstaltungen sind leider nicht möglich, da Amadou M'Bow nur vom 17.-30.1.07 in Deutschland ist. Aber ich hoffe, einige von Euch kommen zu den genannten Veranstaltungen. Näheres über Ort und Zeit sind über die genannten Gruppen (in Klammern) zu erfahren. Eine layoutete Version der Einladung mit Karte von Mauretanien sowie die Rundreise-Termine werden demnächst auch auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de stehen. Wir versuchen auch noch, den Einladungstext auf Französisch zu übersetzen (leider hat sich bisher noch niemand gefunden) und auf die Listen zu setzen, denn es wäre gut, wenn auch afrikanische Flüchtlinge sich eingeladen fühlen.

Mauretanien:

Transitland für MigrantInnen oder Hilfspolizist der EU? Veranstaltung mit Amadou M'Bow von der AMDH (Menschenrechtsvereinigung Mauretaniens) **am Donnerstag, den 25.1.07 um 19.30 Uhr**, in der Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22675 Hamburg

Im März 2006 ging das bisher eher unbekanntes westafrikanische Land Mauretanien auch in Deutschland durch die Schlagzeilen: Marokko hatte nach dem Sturm von MigrantInnen auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Oktober 2005 mit Hilfe der EU seine Grenzsicherung verstärkt. Als Konsequenz versuchten seitdem Tausende von Bootsflüchtlingen, über die wesentlich weitere und riskantere Route von Mauretanien auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Die EU bot der mauretanischen Regierung Geld für gemeinsame Küstenpatrouillen mit der EU-Grenzschutzagentur „Frontex“, den Bau von Internierungslagern und die Durchführung von Abschiebungen. Im Lager Nouadhibou waren seit März 2006 mehr als 4000 MigrantInnen interniert. Im September waren es noch

700, vor allem aus Senegal und Mali. Auf der Veranstaltung möchten wir mit Amadou M?Bow, der als Vertreter der AMDH Ende Juni 2006 auf einer euro-afrikanischen Konferenz zu Migration, Grundrechten und Bewegungsfreiheit in Rabat war und am transnationalen Migrations-Aktionstag am 7.10.06 Pressekonferenzen und einen Tag der offenen Tür in Mauretania organisierte, u.a. über folgende Fragen diskutieren:

- ° Wie ist die Situation der MigrantInnen und Flüchtlinge in Mauretania?
- ° Welchen Widerstand gibt es gegen die EU-Migrationspolitik, wie sind dessen Bedingungen und welche Unterstützung wünschen sich AktivistInnen in Mauretania und seinen Nachbarländern?
- ° Was für Diskussionen, Forderungen und Aktivitäten gibt es in afrikanischen Ländern bzgl. Migration, z.B. auf dem Weltsozialforum im Januar 2006 in Bamako/Mali, auf der Konferenz in Rabat sowie im Hinblick auf das Weltsozialforum Ende Januar 2007 in Nairobi und die Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm?

Flüchtlingsrat Hamburg, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

www.fluechtlingsrat-hamburg.de info@fluechtlingsrat-hamburg.de

+++++

h.wendler.fm@ndr.de: ARD-Reportage "Schattenwelt - Illegal in Deutschland"

Ein halbes Jahr nach Ausstrahlung der Dokumentation „Abgetaucht – Illegal in Deutschland“ sendet die ARD im Dezember eine 30-minütige Fassung des Filmes, die teilweise auf neues Material zurückgreift. Wir würden uns freuen, wenn Sie im Rahmen Ihrer Arbeit bzw. Ihres ehrenamtlichen Engagements auf die Sendung hinweisen könnten.

"Schattenwelt - Illegal in Deutschland" Mittwoch, 20.12.2006, 21:45 - 22:15 Uhr in der Reihe „ARD Exklusiv“ Eine Reportage von Hauke Wendler

Swetla ist im neunten Monat schwanger. Wo sie ihr Baby in Hamburg zur Welt bringen soll, das weiß die Bulgarin nicht. Michael lebt seit zwölf Jahren in der Hansestadt, arbeitet in einem teuren Restaurant. Drei Euro verdient der Togolese in der Stunde; wer krank ist, fliegt raus. Karim hat eine deutsche Freundin und ein deutsches Kind. Trotzdem droht dem Tunesier die Abschiebung. Illegale Einwanderer, drei von einer Million oder mehr. So viele sollen ohne gültige Papiere in Deutschland leben, teilweise seit Jahrzehnten schon, nirgends registriert, nirgends dokumentiert. „Diese Menschen vertrauen niemandem“, meint Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche. „Man sieht sie nicht, man spürt sie nicht, sie sind kaum da.“ Der Film portraitiert das Leben und Überleben von Menschen ohne gültigen Papieren: Eine siebenköpfige Familie auf 40 Quadratmetern, auf Matratzen vom Sperrmüll. Eine Achtjährige, die noch nie eine Schule besucht hat, weil dort Verhaftung und Abschiebung drohen. Ein junger Mann, der bei der Schwarzarbeit seinen rechten Zeigefinger verloren hat, ohne jemals eine Entschädigung erhalten zu haben. Experten fordern seit Jahren Menschenrechte für Menschen ohne gültige Papiere. Doch es geht nicht nur um humanitäre Hilfe. Es geht auch um Arbeit und Wirtschaft, um Profite statt Papieren. „Es ist eine scheinheilige Politik, einerseits genau zu wissen, dass die deutsche Wirtschaft angewiesen ist auf illegale Einwanderer und andererseits so zu tun, als ließe sich das Problem durch Abschiebung lösen,“ kommentiert selbst Professor Thomas Straubhaar, neoliberaler Direktor des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Institutes. „Letztlich profitieren alle von diesen Menschen, von niedrigen Preisen und willigen Arbeitskräften.“

+++++

Projekt-Förderung: PE 15.11.2006: 37 Millionen Euro für mehr Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort-Programme „XENOS“ und „Soziale Stadt“ suchen neue Projektideen. Es wird ein neues **Sonderprogramm** von des Bundesministerien für Arbeit und Soziales und Verkehr/Bau/Stadtentwicklung für 2007-2008 geben. Schwerpunkt: Unterstützung des Engagements für mehr Toleranz und Integration sowie Förderung zivilgesellschaftlicher

Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements. Infos: www.bmas.buind.de und www.bmvbs.bund.de, www.xenos-de.de.

Brandenburg live

Quelle: www.opferperspektive.de

20.11.2006 Frankfurt (Oder) (FF)

Eine 18-jährige Frau wurde gegen 19Uhr auf dem Dresdner Platz aus einer Gruppe Rechter heraus beleidigt und angegriffen. Dann wurde sie von einer 18-jährigen Frau und zwei 14- und 17-jährigen Jugendlichen aus der rechten Gruppe verfolgt, getreten und geschlagen. Die Täter versuchten, die Haare des Opfers anzuzünden. Dem Opfer gelang die Flucht.

Quelle: [internetwache](http://internetwache.de), 22.11.06

18.11.2006 Frankfurt (Oder) (FF)

Eine Gruppe von sechs linksorientierten Jugendlichen wurde am Nachmittag in der Straßenbahn von einer zehnköpfigen Gruppe Rechter beleidigt und angegriffen. Drei der Linken wurden leicht verletzt. Quelle: [MAZ](http://MAZ.de), 21.11.06

18.11.2006 Bernau (BAR)

Auf der Rückfahrt von der Demonstration gegen das Heldengedenken in Seelow wurden am Abend mehrere Antifaschisten am Bahnhof Bernau von einer Gruppe Rechtsextremer beleidigt, geschubst und mit Stöcken bedroht bzw. angegriffen. Die Rechtsextremisten hatten vorher, genau wie die Gegendemonstranten, den Regionalzug aus Seelow verlassen und wollten vermutlich in die S-Bahn Richtung Berlin umsteigen. Bei dem Angriff wurde niemand verletzt. Quelle: Antifa Teltow-Fläming

Pro Asyl Newsletter Nr. 117 Oktober 2006

<http://www.proasyl.de/de/archiv/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-117/index.html>

Aus dem Inhalt: Allgemeine Meldungen

- [Keine Minimallösungen bei Bleiberechtsregelung!](#)
- [35 Vorschläge aus dem Bundesinnenministerium zur erneuten Verschärfung des Zuwanderungsrechts](#)
- [Bundesregierung: Keine Verpflichtung bei Asylgesuch auf hoher See](#)
- [CDU sieht Christenverfolgung als ein zentrales Problem in vielen Staaten](#)
- [BVerwG: Abschiebungsverbot wegen Verschlimmerung einer Erkrankung](#)
- [Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nach Aufgriff durch die Bundespolizei](#)
- [Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland](#)
- [Gesetz zur Anspruchsberechtigung von Ausländern wegen Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuss verabschiedet](#)
- [Berufsausbildung und Studium für Asylbewerber in Brandenburg](#)
- [Flüchtlingsproteste im Lager Blankenburg](#)
- [Verdienststorden für medizinische Versorgung von Illegalisierten](#)
- [Glaubhaftmachung von Erkrankungen und richterliche Aufklärungspflicht](#)
- [Die Bundesregierung will eine elektronische Ausländerkarte einführen](#)
- [Positionspapier zur Rückkehrberatung](#)
- [Hamburger Senat beantwortet Anfrage zum Thema "Ausländerrechtlich illegaler Aufenthalt in Hamburg"](#)
- [Antwort des Hamburger Senats auf Fragen zur Großabschiebung am 18. September 2006](#)
- [Ominöse guineische Delegation stellte angeblich mehr als 560 Reisedokumente aus](#)
- [Hamburgs Asylsuchende werden in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht](#)

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

- [Broschüre mit dem Titel "Zur Lage in Afghanistan - Berichte, Analysen und Stellungnahmen" erschienen](#)
- [Sächsisches Oberverwaltungsgericht: Keine dringende und ausweglose Gefährdungssituation in Afghanistan](#)
- [Aktualisierter Länderlagebericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zu Äthiopien erschienen](#)
- [Das UN-Flüchtlingskommissariat \(UNHCR\) ist zunehmend besorgt über die humanitäre Situation für Hunderttausende von entwurzelten Irakern](#)
- [Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad verfügt über keinerlei Möglichkeiten der Identitätsfeststellung](#)
- [Human Rights Watch: Abgelehnte schwule und lesbische Asylbewerber nicht in den Iran zurückschicken!](#)
- [Libyen rüstet beim Kampf gegen die irreguläre Migration auf](#)
- [Menschenrechtssituation in der Russischen Föderation](#)
- [Umgang mit Georgiern in der Russischen Föderation](#)
- [Auf dem Weg von Somalia über den Golf von Aden nach Jemen sterben jedes Jahr Hunderte von Menschen](#)
- [Immer mehr Flüchtlinge aus Somalia in den drei Flüchtlingslagern in Daadab in Kenias Nordostprovinz](#)
- [Ende des Abschiebestopps: Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern fordert für Flüchtlinge aus Togo eine genaue Prüfung jedes Einzelfalls](#)
- [Schweizerische Flüchtlingshilfe \(SFH\) veröffentlicht neues Länderanalysegutachten zu Togo](#)
- [Informationen zur aktuellen Situation in der Türkei](#)
- [Vereinigte Staaten nehmen ca. 13.000 Flüchtlinge aus Burundi auf](#)

Europameldungen

- [Deutsches Institut für Menschenrechte begrüsst Einrichtung einer EU-Grundrechtsagentur](#)
- ["Vorverlagerung der Migrationskontrolle schafft Risiken für die Menschenrechte"](#)
- [Staatenpraxis bei der Anwendung der Dublin II-Verordnung](#)
- [EU-Qualifikationsrichtlinie wird wirksam](#)
- [BMI veröffentlicht offiziöse Interpretationshilfe zur Qualifikationsrichtlinie](#)
- [EU-Kommission droht rechtliche Schritte an](#)
- [Deutsch-französische Initiative zur gemeinsamen Migrationspolitik in Europa](#)
- [EU-Präsidentschaftsprogramm der Innenminister eine Mischung aus Repression und Platzhalterphraseologie](#)

Meldungen aus:

- [Frankreich](#) - [Griechenland](#) - [Großbritannien](#) - [Österreich](#) - [Schweden](#) - [Schweiz](#) - [Spanien](#)

Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin, 22.11.2006: Infos zur IMK 11/2006

1. Der IMK-Beschluss zum Bleiberecht auf 2 Seiten A 4:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Bleiberecht_IMK_2006.pdf

2. Infos zum Bleiberecht von Berlins Innenstaatssekretär Freise

Arbeitsangebot reicht, keine Vorrangprüfung. Infos und Fragen zur Auslegung des IMK-Beschlusses aus einem Gespräch mit Berlins Innenstaatssekretär Freise am 20.11.06, wichtige Hinweise für die Umsetzung auch in anderen Bundesländern:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Bleiberecht_Freise_201106.pdf

3. Arbeitserlaubnis ohne Prüfung durch die Arbeitsagentur

§ 9 Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerfV) und DA zu § 9 BeschVerfV. Sofortige Erteilung der Arbeitserlaubnis für Bleibeberechtigte nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 4 BeschVerfV durch die Ausländerbehörde im Wege des "one-stop-governemets", ohne Beteiligung der Arbeitsagentur:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/DA_Paragraf9_BeschVerfV.pdf

Erlaubnis für Beschäftigungen jeder Art ohne Einzelfallprüfung durch die Arbeitsagentur, wenn die globale Zustimmung der regionalen Arbeitsagentur vorliegt, siehe DA BeschVerfV Nr. 3.9.111 und 3.9.114 (ist in Berlin bereits der Fall, anderswo ggf. noch politisch einzufordern!).

Die komplette DA BeschVerfV unter <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de> --> Gesetzgebung

Auch Asylverfahrenszeiten zählen mit für die 4jahresfrist des § 9 BeschBerfV. Die Sperrwirkung des § 55 III AsylVfG ist insoweit nicht relevant (Schreiben des BMWA zu § 9 BeschVerfV):

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/BMWA_Paragraf9_BeschVerfV.pdf

4. Jetzt auch Kindergeld für Bleibeberechtigte

Gesetzesänderung: Kinder-, Erziehungs- und Elterngeld für Bleibeberechtigte mit Aufenthaltserlaubnis nach dem Bleiberechtsbeschlusses (AE nach § 23 I AufenthG):

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Familienleistungen_2006.pdf

Mehr zu den Familienleistungen unter

<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de> --> Gesetzgebung

5. Merkblätter und Arbeitshilfen

Eine Sammlung von über diverse Listen gegangenen erster Merkblättern und Antragsformulare zum Bleiberecht (alles nur vorläufig und sicher noch überarbeitungsbedüftig):

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/erste_Arbeitshilfen.pdf

6. Terrorbekämpfung, EU-Migrationspolitik, Einbürgerung erschweren, Abschiebungen in den Irak beginnen - was die IMK sonst noch so beschlossen hat (das komplette Protokoll der IMK): http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/IMK_Beschluesse_komplett.pdf

* IMK TOP 2: EU - deutsche Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007. Maßgaben im Bereich Asyl, Einwanderung und Grenzangelegenheiten, Polizei- und Zollzusammenarbeit (SIS, EURODACu.a.)

* IMK TOP 3: Bekämpfung des internationalen Terrorismus

* IMK TOP 5: Einbürgerungen (Vorschlag zur Verschärfung des StAG: Einbürgerungskurse und Einbürgerungstests, Deutschtest B 1 usw.)

* IMK TOP 8: Rückführungen in den Irak. Die IMK hat den Beginn von Abschiebungen von geduldeten Irakern beschlossen, die in Deutschland wegen Straftaten verurteilt wurden, nach

Maßgabe der vom UNHCR eingeräumten Abschiebemöglichkeiten. Die Abschiebungen auf dem Luftweg in den Nordirak sollen durch Bundespolizei begleitet werden. Die Gespräche mit der irakischen Seite mit dem Ziel einer bald möglichen Ausweitung der Rückführungen sollen fortgeführt werden. Die nächste IMK findet am 31.5./1.6.07 in Berlin statt, die Vorkonferenz der Staatssekretäre am 15.05.07 ebenfalls in Berlin.

Abschiebungen von Familien nach Afghanistan
PRO ASYL: Unverantwortlich angesichts der Sicherheitslage
Sofortiger Abschiebungsstopp erforderlich

Die Ausländerbehörde Hamburg bereitet die Abschiebung von Familien nach Afghanistan vor. Die für diese Woche geplanten Abschiebungen wurden nach Intervention des Eingabeausschusses zunächst gestoppt. Die Abschiebungsplanungen gehen jedoch weiter. Angesichts der dramatischen Sicherheitslage in Afghanistan kritisiert PRO ASYL Abschiebungen nach Afghanistan als völlig unverantwortlich.

Auch im Raum Kabul haben Terroranschläge und sonstige „sicherheitsrelevante Vorfälle“ zugenommen. Menschenrechte und die Rechte der Frauen werden aber auch von Seiten der Regierung und der ihr verbundenen Warlords massiv verletzt. Die Innenministerkonferenz in der letzten Woche hätte einen Abschiebungsstopp beschließen müssen, denn in weiten Teilen Afghanistans herrscht längst wieder offener Krieg. Die Bundesländer, so auch Hamburg, haben jetzt noch die Möglichkeit, einen auf 6 Monate befristeten Abschiebungsstopp in eigener Regie zu beschließen. Diese Forderung richtet PRO ASYL an den Hamburger Senat.

Von Abschiebung bedroht sind insbesondere auch Familien, die die Stichtagsregelung der von der IMK beschlossenen Bleiberechtsregelung verfehlen oder andere ihrer Bedingungen nicht erfüllen. Nach Informationen aus Hamburg sollen etwa 150 Familien überwiegend in jüngster Zeit die Aufforderung zur Ausreise erhalten haben. Exakt in der Woche, in der ein großes Hamburger Nachrichtenmagazin zu Afghanistan titelt „Die Deutschen müssen das Töten lernen.“ sollen in derselben Stadt Familien in den Krieg abgeschoben werden. Offenbar ist der Hamburger Senat der Auffassung, es sei nun auch an der Zeit, dass afghanische Familien das Sterben lernen. Auf jeden Fall geht es schon aufgrund der schwierigen Versorgungslage für Abgeschobene um die Existenz, denn der Winter steht vor der Tür und denjenigen, die nicht bei Verwandten unterkommen können, droht die Obdachlosigkeit.

Unter den afghanischen Flüchtlingen in Deutschland wächst die Verzweiflung. Am 1. Oktober sprang der 35-jährige Afghane Farid Mansoor beim zweiten Versuch, ihn nach Afghanistan abzuschicken, von der Flugzeugtreppe und brach sich beide Beine. Sein fünfjähriger Aufenthalt in Deutschland reicht für ein Bleiberecht nicht aus. Im Asylverfahren wurde er Anfang dieses Jahres endgültig abgelehnt. Für den Fall erneuter Abschiebungsversuche hat er seinen Suizid angekündigt. gez. Bernd Mesovic, Referent

Pro Asyl Presseerklärung 24. November 2006- 2. Meldung vom Tage!

Die Lage im Irak verschärft sich täglich
Irakischen Flüchtlingen in Deutschland wird weiterhin massenhaft ihr Status entzogen.
PRO ASYL: Systematische Verletzung von EU-Recht

Die Lage im Irak verschärft sich von Tag zu Tag. Nach Angaben der UNO sind im Oktober 3.709 Zivilisten bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, im Durchschnitt 120 pro Tag. Die Tendenz: kontinuierlich steigend. Bei der bislang schwersten Anschlagsserie seit Kriegsbeginn sind gestern mindestens 160 Menschen zu Tode gekommen. 40.000 Menschen fliehen nach Angaben von UNHCR pro Monat aus dem Land. Die Alliierten diskutieren Optionen zum Ausstieg aus dem militärischen Engagement. Der Irak steht möglicherweise vor dem Zerfall.

In Deutschland wird die Verschlechterung der Situation vollständig ignoriert, wenn es um irakische Flüchtlinge geht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt Widerrufsverfahren durch – als sei nichts geschehen. In mehr als 16.000 Fällen wurde Irakern bereits per Widerruf der einmal gewährte Status entzogen. Die Betroffenen

erhalten lediglich eine Duldung. Parallel zur Debatte um ein Bleiberecht und die Abschaffung der Kettenduldungen produziert Deutschland neue Kettengeduldete in großer Zahl.

Mit dieser Behandlung irakischer Flüchtlinge wird EU-Recht systematisch verletzt. Iraker hätten nach der sogenannten EU-Qualifikationsrichtlinie einen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis. Die Richtlinie sieht einen Anspruch auf Schutz vor, wenn ernsthafter Schaden für das Leben und die Unversehrtheit einer Person infolge willkürlicher Gewalt droht, ob im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts. Die Richtlinie ist unmittelbar anwendbar, nachdem der Gesetzgeber es versäumt hat, sie rechtzeitig in nationales Recht umzusetzen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation im Irak kann nicht bezweifelt werden, dass die Gefahr, im Irak Opfer willkürlicher Gewalt zu werden, extrem groß ist. Dennoch sehen Ländererlasse vor, Aufenthaltserlaubnisse an betroffene Iraker nicht zu erteilen.

PRO ASYL fordert angesichts der Lage im Irak ein sofortiges Tätigwerden der Bundesregierung. Dies muss beinhalten:

- den sofortigen Stopp der Widerrufsverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - die Schutzgewährung für irakische Flüchtlinge auf der Basis von Artikel 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie
 - einen förmlichen Abschiebungsstopp.
- gez. Bernd Mesovic, Referent

Pro Asyl Presseerklärung 30. November 2006

Demnächst wird in den Irak abgeschoben
Einstieg mit Straftätern, aber die Innenminister wollen eine schnelle Ausweitung
PRO ASYL: Ergebnis einer von langer Hand geplanten Entrechtungsstrategie

Im Windschatten der Bleiberechtsdiskussion hat die Innenministerkonferenz am 16. und 17. November 2006 einen bislang wenig beachteten Beschluss gefasst: Es wird nunmehr mit Abschiebungen ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger begonnen. Zunächst sind verurteilte Straftäter an der Reihe. Nach bisher unbestätigten Informationen soll der erste Abschiebungsflug am 9. Dezember abheben. Es ist zu erwarten, dass nach diesen „Sondierungsabschiebungen“ bei folgenden Flügen sehr schnell Nicht-Straftäter „beigemischt“ werden.

Die Innenministerkonferenz erwartet sich jedenfalls vom Bundesinnenminister, dass er sobald wie möglich die Ausweitung der Rückführungen durchsetzt. Auch im Falle der Abschiebungen nach Afghanistan dienten Straftäter als Türöffner für weitere Abschiebungen. Man darf demnach auch bei den Irak-Abschiebungen erwarten, dass eine Staffelung angestrebt wird: zunächst Straftäter, dann alleinstehende junge Männer, später Familien mit Kindern.

Ziel der Abschiebungsflüge ist der Nordirak. Nach dem Wortlaut des IMK-Beschlusses sind die Abschiebungen jedoch nicht auf Kurden aus dem Nordirak beschränkt. Ob allerdings die kurdische Regionalregierung bereit sein wird, Iraker aus anderen Landesteilen aufzunehmen, ist mehr als fraglich. Diesbezügliche Experimente von deutscher Seite sind zu erwarten.

PRO ASYL hält Abschiebungen in den Irak – auch in den Nordirak – für unverantwortlich. Zwar ist die Sicherheitssituation dort besser als in den anderen Landesteilen, jedoch sieht sich die kurdische Regionalregierung bereits jetzt mit einer großen Zahl von Binnenflüchtlings und Rücksiedlern aus anderen Regionen konfrontiert, die kaum zu versorgen sind. Darüber hinaus ist die politische Zukunft des Nordirak ungewiss. Zerfällt

der Irak in verschiedene Teilstaaten, was angesichts der Debatte über Ausstiegsoptionen unter den Alliierten keineswegs nur Spekulation ist, dann ist der nordirakische Status quo in Frage gestellt. Als quasi halbautonomes Gebiet ist der Nordirak eng an die Existenz eines föderal organisierten Gesamtirak gebunden. Das alles und die damit verbundenen Gefahrenprognosen interessieren die Innenminister und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht. Stattdessen wurde bereits kurz nach dem Sturz des Saddam-Husseini-Regimes damit begonnen, irakischen Flüchtlingen systematisch den Status zu entziehen. Ca. 10.000 Iraker sind bereits jetzt ausreisepflichtig. Bei mehreren tausend weiteren sind die Verfahren noch bei Gericht anhängig. PRO ASYL kritisiert dies als eine von langer Hand geplante Entrechtungsstrategie. Dass dem sächsischen Innenminister angesichts der katastrophalen Lage im Irak nichts anderes einfiel als in einer Protokollnotiz zum IMK-Beschluss darauf hinzuweisen, dass bei einer Ausweitung der Rückführungen die angespannte Situation der Christen im Irak besonders zu berücksichtigen sei, hält PRO ASYL deshalb für zynisch, weil Christen nur eine unter vielen innerhalb des irakischen Chaos besonders gefährdeten Gruppen sind. gez. Bernd Mesovic, Referent

Presseerklärung Pro Asyl / CIR (Italienischer Flüchtlingsrat)

Frankfurt/Rom, den 24. November 2006

"Was wir getan haben, hilflose Menschen aus Seenot zu retten, hätte jeder anständige Mensch getan!" (Stefan Schmidt, Kapitän der Cap Anamur)

**Cap Anamur-Prozess in Agrigento: Humanitäre Hilfe auf der Anklagebank
Italienischer Flüchtlingsrat und PRO ASYL: Diese Anklage hätte nie erhoben werden dürfen**

Das deutsche Schiff Cap Anamur rettete im Juni 2004 37 Menschen aus Seenot. Kapitän Stefan Schmidt und seine Crew taten das, was ihre Pflicht ist: Sie bargen die Schiffbrüchigen und wollten sie in einen sicheren Hafen bringen. Für ihre Rettungstat stehen der Kapitän Stefan Schmidt, Elias Bierdel, der damalige Leiter des Komitees „Cap Anamur“ und der 1. Offizier Vladimir Daschkewitsch ab dem 27. November vor Gericht. Die Anklage lautet: bandenmäßig betriebene Beihilfe zur illegalen Einreise in einem besonders schweren Fall. Der Versuch humanitäres Handeln zu kriminalisieren, ist ein Skandal. Diese Anklage hätte nie erhoben werden dürfen. Es war im Sommer 2004 augenscheinlich Strategie hoher Regierungsstellen in Deutschland und Italien, an der "Cap Anamur" ein Exempel zu statuieren, um potentielle "Nachahmungstäter" von Rettungsfahrten im Mittelmeer abzuhalten. Um einen jahrelangen Zermürbungsprozess für die drei Angeklagten zu vermeiden, hoffen wir auf einen baldigen Freispruch und auf ein Ende des Rachefeldzuges gegen die Lebensretter. Wir erinnern daran, dass die Vereinten Nationen im sogenannten Palermo-Protokoll vom Dezember 2000 den Ausdruck „Schleusung von Migranten“ definiert haben. Schleusung ist demnach die *„Herbeiführung der illegalen Einreise... mit dem Ziel, sich unmittelbar oder mittelbar einen finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteil zu verschaffen“*. Die drei Angeklagten sind keine „Schlepper“, haben nicht auf einen „kommerziellen Gewinn“ abgezielt, sondern haben vielmehr Zivilcourage gezeigt. Wir erinnern daran, dass internationales Seerecht die Staaten verpflichtet, mit den Kapitänen zusammenzuarbeiten, die Menschen aus Seenot gerettet haben. Ihren Schiffen ist das unverzügliche Anlegen und das Absetzen von Schiffbrüchigen zu ermöglichen. Wir fordern ein schnelles Ende des Verfahrens und eine umfassende Rehabilitierung der Cap Anamur-Crew. Auf die Anklagebank gehört eine verfehlte europäische Asyl- und Migrationspolitik, die maßgeblich dazu beiträgt, dass im Kanal von Sizilien, in der Ägäis, in der Meeresenge von Gibraltar, vor den Kanarischen Inseln See-Friedhöfe entstehen, die von Tag zu Tag größer werden.

gez. Christopher Hein

Direktor des CIR (Italienischer Flüchtlingsrat)

gez. Karl Kopp

Vorstandsmitglied von ECRE (Europäischer Flüchtlingsrat)

Pro Asyl 27. November 2006

Cap-Anamur-Prozess beginnt in Agrigento
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und PRO ASYL starten Aufruf
„Humanitäre Hilfe ist keine Straftat“

In einem von der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und PRO ASYL initiierten Aufruf protestieren über 20 Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Italien und Österreich gegen den Beginn des Prozesses gegen die „Cap-Anamur-Crew“. Auf der Anklagebank sitzt auch der Träger des PRO-ASYL-Menschenrechtspreises 2006, Kapitän Stefan Schmidt. In ihrer gemeinsamen Erklärung stellen die Organisationen fest: „Humanitäre Hilfe für Menschen in Not ist keine Straftat“ und fordern ein schnelles Ende des Verfahrens sowie eine umfassende Rehabilitierung von Stefan Schmidt, Elias Bierdel und Vladimir Daschkewitsch. Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL, bezeichnet die Eröffnung des Prozesses als Skandal. Die Cap-Anamur-Crew habe durch mutiges Handeln Menschen aus Seenot gerettet und ihr Überleben ermöglicht. Deshalb hat PRO ASYL den Kapitän der Cap Anamur für seine Zivilcourage ausgezeichnet. Der Oberstaatsanwalt von Agrigento, Ignacio de Francisci, machte in einem Interview mit dem ARD-Kulturmagazin "Titel, Thesen, Temperamente" (ausgestrahlt am 26.11.2006) die Beweggründe der italienischen Behörden deutlich. Die Staatsanwaltschaft sei "in rechtlicher und auch in politischer Hinsicht dazu gezwungen, die Wiederholung solcher Aktionen zu verhindern, auch wenn sie aus edler Absicht geschehen. Wir riskieren sonst, Trojanische Pferde hereinzulassen, mit denen Tausende von Leuten zu uns kommen könnten." Der offiziell unabhängige Staatsanwalt setze in schändlicher Weise "Lebensretter" mit "Trojanischen Pferden" gleich. Francisci erkläre Flüchtlinge zum Feindbild und versuche „humanitäre Hilfe“ zum Zwecke der Abschreckung zu kriminalisieren, so Kopp. Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung üben scharfe Kritikan der Abschottung Europas und formulieren: *„Auf die Anklagebank gehört eine verfehlte europäische Asyl- und Migrationspolitik, die maßgeblich dazu beiträgt, dass im Kanal von Sizilien, in der Ägäis, in der Meeresenge von Gibraltar, vor den Kanarischen Inseln See-Friedhöfe entstehen, die von Tag zu Tag größer werden.“*

gez. Günter Burkhardt, Geschäftsführer. Die Erklärung wurde u.a. unterschrieben von:
(Stand 27.11.2006)

Organisationen

Aktion Courage, Bonn
Asyl in Not, Wien
Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige
Flüchtlinge, Nürnberg
Für Integration und Toleranz, Bad Oldesloe
Generalsekretariat von pax christi/deutsche Sektion,
Bad Vilbel
Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, Kiel
Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-
Pfalz, Mainz
Interkultureller Rat in Deutschland, Darmstadt
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit,
IFFF, Berlin
IPPNW, Dt. Sektion der Intern. Ärzte f. d. Verhütung
des Atomkrieges, Berlin
Verband binationaler Familien und Partnerschaften,
iaf, Frankfurt

Flüchtlingsräte

Bayerischer Flüchtlingsrat
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
Flüchtlingsrat Berlin
Flüchtlingsrat Brandenburg
Flüchtlingsrat Hamburg
Hessischer Flüchtlingsrat
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Privatpersonen

Gabi Mehmel, Kiel
Peter Mehmel, Harsefeld
Tina Mehmel, Kiel

“Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“

Die Antirassistische Initiative gibt seit ca. 10 Jahren die Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingsräte und ihre tödlichen Folgen“ heraus. Diese Dokumentationssammlung will die Folgen der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik für die konkret Betroffenen darstellen und vermittelt über Einzelfälle einen Eindruck eines „institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus“ in Deutschland. Die Antirassistische Initiative bittet um Unterstützung und Mitteilung um Einzelgeschehnisse seit 1993, bei denen Flüchtlinge versucht haben, sich selbst zu verletzen, sich zu töten oder sich tatsächlich getötet haben. Misshandlungen von Bewachungspersonal, während oder nach Abschiebungen oder Abschiebeversuchen werden ebenso aufgenommen wie Misshandlungen und Folter in den Herkunftsländern (Datum; Ort, Name; Alter; Herkunftsland; Geschichte – Was ist passiert?, etwaige Presseartikel, o.ä.). Orte und Daten können wenn nötig anonymisiert werden.

Drucklegung der 14. Auflage ist im Januar 2007.

Kontakt: Antirassistische Initiative Berlin, Dokumentationsstelle, Ute Kurzbein, E-Mail: ari-berlin-dok@gmx.de, Internet: www.ari-berlin.org

Prüfschema zur Bleiberechtsregelung der IMK vom 17.11.2006

(Stefan Kessler, [Download als PDF](#))

1. Voraussetzungen

a) Dauer des Aufenthalts / Einreisedatum

- (i) bei Familie/Einzelperson mit mindestens einem Kind, das den Kindergarten oder die Schule besucht: Aufenthalt seit dem **17.11.2000**
- (ii) bei Familie/Einzelperson ohne Kind in Kindergarten oder Schule: Aufenthalt seit dem **17.11.1998**

b) dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis bzw. eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes für die Familie am 17.11.2006

Wenn nur dies nicht gegeben, dann

- (i) Erteilung einer Duldung nach § 60a I AufenthG bis zum 30.9.2007 zur Arbeitsplatzsuche
- (ii) Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn eine Arbeitsplatzzusage vorgelegt wird, die eigenständige Lebensunterhaltsdeckung auch in Zukunft erwarten lässt.

Ausnahmen vom Erwerbstätigkeitserfordernis

- (i) Auszubildende in anerkannten Lehrberufen
- (ii) Familien mit Kindern, die vorübergehend auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind
- (iii) Alleinerziehende mit Kindern, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind und denen eine Arbeitsaufnahme nach § 10I Nr. 3 SGB II nicht zumutbar ist

□ § 10I Nr. 3 SGB II: „Dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist jede Arbeit zumutbar, es sei denn, dass ...

3. die Ausübung der Arbeit, die Erziehung seines Kindes oder des Kindes seines Partners gefährden würde; die Erziehung eines Kindes, das das

dritte Lebensjahr vollendet hat, ist in der Regel nicht gefährdet, soweit seine Betreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege im Sinne der Vorschriften des Achten Buches oder auf sonstige Weise sichergestellt ist; die zuständigen kommunalen Träger sollen darauf hinwirken, dass erwerbsfähigen Erziehenden vorrangig ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird“

- (iv) Erwerbsunfähige, deren Unterhalt ohne öffentliche Leistungen (es sei denn, sie beruhen auf Beiträgen) gedeckt ist
- (v) Personen, die
 - a. am 17.11.2006 das 65. Lebensjahr vollendet und
 - b. keine Angehörigen im Herkunftsland, aber in Deutschland haben,
 - c. wenn sie keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen.
- c) ausreichender Wohnraum
- d) tatsächlicher Schulbesuch wird durch Zeugnisse nachgewiesen; „eine positive Schulabschlussprognose kann verlangt werden“
- e) Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse (Stufe A 2 GERR)¹ spätestens am 30.9.2007
Ausnahme: Unmöglichkeit auf Grund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung
- f) Abschluss anderer aufenthaltsrechtlicher (Rechtsmittel-) Verfahren innerhalb der Antragsfrist

2. Sondergruppe

„Einbezogen sind auch erwachsene unverheiratete Kinder,

- a) sofern sie bei ihrer Einreise minderjährig waren,
- b) wenn es gewährleistet erscheint, dass sie sich auf Grund ihrer bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse dauerhaft integrieren werden.

Diese jungen Erwachsenen können eine eigene Aufenthaltserlaubnis erhalten, unabhängig davon, ob ihren Eltern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.“

3. Ausschlussgründe

- a) Vorsätzliche Täuschung der Ausländerbehörde „über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände“
- b) Vorsätzliches Hinauszögern oder Behindern der Abschiebung
- c) Ausweisungsgründe nach dem AufenthG:
 - § 53– zwingende Ausweisungsgründe
 - § 54– Regelausweisungsgründe
 - § 55 I – Beeinträchtigung der öff. Sicherheit / Ordnung oder sonstiger erheblicher Belange der BRD
 - § 55 II Nr. 1–5 – falsche Angaben zur Erlangung eines Aufenthaltstitels / wiederholter od. schwerwiegender Rechtsverstoß / Prostitution / BTMG / Gefährdung der öffentl. Gesundheit
 - § 55 II Nr. 8 – Volksverhetzung

- d) Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat zu mehr als 50 Tagessätzen (kumulativ) – reine „Ausländerstraftaten“ bleiben bis zu 90 Tagessätzen außer Betracht.
- e) „Bezüge zu Extremismus oder Terrorismus“
- f) Bei Straftaten-Ausschluss teilt die ganze Familie das Schicksal – Ausnahme: hier aufgewachsene Ausländer (vgl. § 37I AufenthG).

4. Verfahren

- a) Antrag innerhalb von sechs Monaten nach IMK – d. h. bis zum **17. Mai 2007**
- b) unter Umständen Führen von Integrationsgesprächen und Abschluss von Integrationsvereinbarungen – dabei Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder Duldung für sechs Monate
- c) Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für max. zwei Jahre – mit Verlängerungsoption

Die Kursstufen A 1 und A 2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER):

A 1 vermittelt erste Grundkenntnisse in Grammatik und Wortschatz. Am Ende der Stufe A 1 sind die Kursteilnehmer/innen in der Lage, sich mit einfachen Sätzen in Situationen des täglichen Lebens zu verständigen, wenn die Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen.

A 2 vermittelt weitere grundlegende Strukturen und etwas spezialisierteren Wortschatz (Arbeit, Ausbildung, Bewerbung). Am Ende der Stufe können die Kursteilnehmer/innen sprachliche Standardsituationen verstehen und sich auch zu allgemeinen Themen einfach äußern. Quelle: <http://www.klartext-zentrum.de/de/pdf/De-kursniveaus.pdf>

F

L

Ü

C

H

T

Der Flüchtlingsrat Brandenburg arbeitet nun schon seit über zwölf Jahren mit und für Flüchtlinge im Land Brandenburg. Trotz aller finanziellen Unwegsamkeiten haben wir es bis heute geschafft, die seit 1996 bestehende Geschäftsstelle zu erhalten. So war es uns in den letzten Jahren möglich sowohl in Einzelfällen unterstützend tätig zu werden als auch auf politischer Ebene Verbesserungen für Flüchtlinge zu erwirken. Aber nun droht uns das AUS! Anträge sind nicht bewilligt – die Weiterarbeit des Flüchtlingsrates und seiner koordinierenden Geschäftsstelle ist absolut unsicher!

L

Flüchtlingsschutz ist Menschenrecht

I

N

G

S

Anstatt Flüchtlingen Schutz zu gewähren schottet sich Europa immer mehr ab. Dagegen setzt sich der Flüchtlingsrat mit Aktionen und Informationen ein, denn der Schutz von Flüchtlingen ist ein Menschenrecht! Außerdem unterstützen wir Flüchtlinge bei ihren alltäglichen rechtlichen und politischen Problemen im Land Brandenburg. Doch diese Unterstützung können wir ohne Ihre Hilfe nicht mehr leisten!

R

A

T

Unterstützen Sie den Einsatz vom Flüchtlingsrat Brandenburg!

Ohne eine Koordinierungsstelle können wir nicht weiterarbeiten! Werden Sie Fördermitglied im Verein des Flüchtlingsrats! Schreiben Sie uns! Auch jede Spende kann helfen, die wichtige politische Arbeit von und mit Flüchtlingen im Land Brandenburg fortzusetzen! Helfen Sie mit, die Schließung zu vermeiden!

Meldet Euch/Melden Sie sich beim Flüchtlingsrat Brandenburg:

Bis 18.12.2006: Eisenhartstr. 13, 14469 Potsdam

Ab 21.12.2006: R.-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam

Tel/Fax: 0331-716499 (Achtung: vom 18.-20.12.2006 sind wir telefonisch nicht erreichbar!)
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

Konto: 350 1010000, BLZ 16050000, MBS Potsdam